

verlangen die betriebsweise Bewaffnung des Proletariats, es darf nicht eine Garde für eine Partei geschaffen werden, die in den bewaffneten Kampf eintritt. Daß wir sagen, daß wir Offiziere einstellen müssen, bedingt noch nicht, daß wir keine Kontrolle über diese Offiziere ausüben werden.

Z.-Berlin: Ehe ich auf die Sache selbst eingehe, möchte ich dem Vorwurf entgegen treten, den W. gegen Berlin erhoben hat, daß seitens Berlin negative Politik getrieben worden sei. Ich weise nur hin auf das Zustandekommen der ersten kommunistischen Adresse und auf das Zustandekommen der Unterschrift unter den Maiaufruf, um zu zeigen, daß es Laufenberg und Wolffheim nur darauf ankam, die Politik der Partei für ihre Ideen zu engagieren und zu dokumentieren, daß die Partei für ihre Ideen verantwortlich gemacht werden sollte. Dieser Vorwurf der Unehrllichkeit fällt auf die Hamburger zurück.

Die grundsätzlichen Fragen sind Fragen proletarischer Politik und das Kapitel Nationalbolschewismus müße vielleicht überschrieben werden: im Labyrinth der Irrtümer. Ich will aus den Ausführungen L.'s und W.'s nur einiges herausziehen, um zu beweisen, daß diese Überschrift nicht falsch ist. Bei der Analyse des Begriffes Nation gab L. zu, daß die Nation ein Ausdruck der bürgerlichen Gesellschaft war. Demgegenüber stellte der Genosse D.-Kiel fest, daß L. in Hamburg gesagt habe, die Nation sei die Grundlage der menschlichen Gesellschaft überhaupt. L. sagte hier dann weiter, daß die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft nicht imstande war, die Nation zu verwirklichen. Alle Konsequenzen ergeben sich aus der Frage der Nation. Die Sozialdemokratie hat nicht viel geleistet, aber sie hat wenigstens das getan, daß sie den einen Satz hervorhob: der Arbeiter hat kein Vaterland. Wir müssen uns lossagen von dieser bürgerlichen Vorstellung, die gipfelt im Standpunkt der Nation. Unsere Aufgabe ist es, das Selbstbewußtsein des Proletariats zu fördern. Dazu gehört, daß wir die Gedankenrichtung in proletarische Bah-

nen lenken. Es sind aber keine nationalistischen Bahnen. Die Arbeiterklasse kann niemals zu der Ansicht kommen, das vervollständigen zu wollen, was die bürgerliche Gesellschaft nicht vervollständigen konnte. Ein weiterer Widerspruch in den Ausführungen Laufenbergs ist die Aufrüttelung der Massen während des Weltkrieges. Wie sind die beiden Genossen dieser Aufgabe gerecht geworden? Dadurch, daß sie in ihrer Broschüre "Demokratie und Organisation" schreiben, daß "das Proletariat ein natürliches Interesse daran habe, die gesellschaftliche Wirtschaft zu erhalten, soweit sie Lebensfunktion der Gesamtheit ist", und "hieraus resultiert in Kriegsfällen die militärische Unterordnung des Proletariats unter die gegebene Heeresleitung". Damit also wollte man das Proletariat aufrütteln, es zum Klassenbewußtsein erziehen! Das ist unmöglich. Das sind himmelschreiende Gegensätze und wenn L. sagte, militärische Unterordnung bedingt keine politische Unterordnung, so stellen wir dem gegenüber: damals war die militärische Unterordnung die politische Unterordnung. Die alte sozialdemokratische Partei hat die Wirtschaft unterstützt als "Lebensfunktion der Gesamtheit", sie also handelte durchaus im Sinne L.'s und W.'s. Wenn sie heute den Standpunkt vertreten, daß die Front zu revolutionieren gewesen wäre, so sage ich auch hier, daß sie sich nicht in die Psyche der Massen versetzt haben. Es war ein größeres Wagestück, die Front zu verlassen, als an der Front zu bleiben und sich dort nur zu drücken.

Das Märchen von der durch Levi erdolchten Front ist ein typisches Beispiel für bürgerliche Ideologie und wurde bereits von dem Genosse D.-Kiel treffend gekennzeichnet. Nicht Menschen oder Führer machen die Geschichte. Jenes Flugblatt hätte nie die Wirkung auslösen können, wenn es nicht einer Notwendigkeit entsprochen hätte. - Wir müssen das Bollwerk der kapitalistischen Wirtschaft zertrümmern und den Gedanken der internationalen Klassensolidarität in die Massen hineintragen. Wenn der Weltbund aller Proletarier zur Tatsache geworden ist, hat darüber nicht die Freiheit der Nationen zu stehen, sondern die Einheit und die Freiheit des Weltproletariats. Wir haben die große histo-

rische Aufgabe, hinwegzuschreiten über die bürgerliche Ideologie. Hier müssen wir intollerant bis zum äußersten sein. Wer hier nicht mit uns ist, der ist gegen uns. Es heißt hier nur entweder Kommunismus oder Nationalismus, dann aber Negation des internationalen Klassenkampfgedankens! (Beifall.)

M.-Berlin: zur Geschäftsordnung: Infolge der ausgiebigen Debatte, die stattgefunden hat, möchte ich beantragen, daß die beiden Referenten auf die Schlußworte verzichten.

Referent G.-Berlin: In der Voraussetzung, daß auch der Koreferent auf das Schlußwort verzichtet, tue ich dasselbe.

Koreferent L.-Hamburg: Es ist nicht unsere Art, zu versuchen, in einem Schlußwort nachträglich noch Propaganda zu machen für unsere Auffassungen. Ich war ohnehin gewillt, auf das Schlußwort zu verzichten. Sie haben die Ausführungen gehört, ich habe Ihnen klar und deutlich die politischen Richtlinien dargelegt, die wir seit 1914 vertreten haben, Sie haben auch die Gegenredner gehört, und nun wird es an Ihnen sein, sich selbständig ein Urteil zu bilden.

Schr.-Berlin: Ich hätte keine Veranlassung gehabt, mich zu diesem Thema zu melden, da das Programm noch zur Debatte steht und ich die Rede zum Programm halten werde. Ich glaube, daß das, was die Hamburger Genossen in ihren Richtlinien dargelegt haben, ihrerseits ein Programmwurf ist und auch so dargelegt worden ist. Ich bin der Meinung, daß hier zwei verschiedene, grundsätzlich anders geartete Anschauungen vorliegen, die eben in der Programmdebatte erörtert werden müssen. Was mich veranlaßt, zu reden, sind einige Dinge, die sich außerhalb der Debatte ergeben haben. Es ist da zunächst dem Parteitage der Vorwurf gemacht worden, daß er eine Art Mandatserschleichung vorgenommen hätte durch das Engagement des Vertreters Altonas. Ich muß bekennen, daß ich gegen die Anerkennung gestimmt hätte; ich bin erfreut darüber, daß der Vertreter Altonas sein Mandat zurückgegeben hat, ich

wünschte aber auch, daß der Parteitag nochmals zum Ausdruck brächte, daß Ihnen durch diesen Verzicht vollkommen das Bewußtsein gekommen ist, daß Sie auch nicht den Schein nur einer solchen Erschleichung auf sich nehmen wollen. Ich stelle das hier besonders fest und sage das deswegen, weil ich weiß, daß dieser Fall in der Arbeiterbewegung von unglaublich schweren Folgen sein kann. Man wird monatelang die K.A.P.D. mit diesem Moment beschimpfen können. Diese Möglichkeit aus der Welt zu schaffen und zu betonen, daß es dem Geschäftsführenden Ausschuß fern gelegen hat, einen Menschen mehr oder weniger zum Abstimmen hier zu haben.

Berlin ist dann weiter im Verlaufe der Debatte der Vorwurf gemacht worden, beim Kapputsch Gewehr bei Fuß kommandiert zu haben. Das Flugblatt vom ersten Tage des Putsches liegt vor. Es fordert dieses Flugblatt zum sofortigen Generalstreik auf, zur Bildung revolutionärer Räte, zum Kampf an der Seite der Brüder in Deutschland bis zur Vernichtung, über die Parolen der anderen Parteien hinweg. Diese Tatsache muß festgestellt werden. Ich weiß, welcher Kampf durch Berlin gegangen ist. Aus diesem Sinne heraus muß auch der Vorwurf, daß die K.A.P.D. Spartakusmethoden einschlagen wollte, zur Lächerlichkeit werden. Davon kann und darf keine Rede sein. Wenn ein solcher Vorwurf möglich sein sollte, so muß er sofort aus der Welt geschafft werden. Es muß bewiesen werden, worin der Vorwurf liegt, daß wir wie Spartakus gehandelt haben. Denn der Vorwurf ist schwerwiegender, als wenn wir mit der U.S.P. zusammengegangen sein sollten. Der Vorwurf, mit dem Spartakusbund verwechselt zu werden, ist für mich der Vorwurf und das Ende der Partei. In diesem Sinne bedauere ich außerordentlich, daß von Hamburg das Wort gefallen ist, sie gingen kein Jota von ihren Ansichten ab. Das ist ein böses Wort. Hier sind wundervolle Worte gesprochen worden. Ich sage, daß ich heute so ergriffen von manchem bin, was über die Bedeutung der Theorie

für den Proletarier gesagt worden ist, daß ich erschüttert bin. Allein, was die Genossen des Ruhrgebietes vorgebracht haben, ist leuchtend für immer. Es ist das, was jetzt einzutreten beginnt: die Wut darüber, daß man Parteien zu theoretischen Zänkereien ausnutzt. Das eine wichtige hat sich aus der Debatte herauskristallisiert: ein sicherer Instinkt der Proletarier: wir müssen uns restlos von den Intellektuellen befreien! Dieser Instinkt ist der leitende. Daß er zum Durchbruch kommt, ist mir das günstigste Zeichen für die Fortentwicklung. Aus diesen Instinkten heraus spricht das drohende "Wehe, mißbraucht uns nicht! Denkt an die 2 Millionen Toten, die Führerparolen zum Opfer gefallen sind. Mißbraucht uns in keiner Weise für irgendwelche Theorien! Wir haben alle Achtung für den Kampf jeder einzelnen Person, aber laßt uns dann auch das tun, was wir wollen, fügt euch unserer Mehrheit und kämpft dann in unseren Reihen!" In diesem Sinne ist die Auseinandersetzung hier keine Haarspalterei. Der Parteitag wird die Entscheidungen treffen müssen, und wird dann zu dem Arbeitsparteitag werden, wenn er sich über diese Dinge restlos klar wird. Das heißt nicht, er soll Probleme aus der Welt schaffen; entscheidend ist hier, daß die Partei in diesem Augenblick, wo die stärkste Aktivität sie anspannt, sich klar wird über das, was sie jetzt zum grundsätzlichen Standpunkt ihrer Politik machen will. Da nützen uns keine Zitate, sondern es gilt hier einzig und allein festzustellen, was jetzt getan werden muß. In diesem Sinne möchte ich wünschen, daß die Dinge weitergeführt werden, und dann der Parteitag wirklich zum Parteitag der Entscheidungen wird. (Bravo!)

W.-Spandau: Die ersten Referate, die ich von Laufenberg und Wolffheim hörte, haben mich sehr zum Nachdenken gezwungen. Die Ansichten waren von so einschneidender Bedeutung, daß man sich unbedingt mit ihnen beschäftigen mußte. Ich habe mich gegen die Gedankengänge von der Revolutionierung der Armee

dann gewehrt, weil ich selbst unter dem System als revolutionärer Soldat gelitten habe. Ich möchte einmal fragen, wie lange denn wohl die Revolutionierung der Armee gedauert hätte, wenn Foch zu ihrer Besiegung schon 5 Monate gebraucht haben will. Wie lange dauert denn schon die Revolutionierung der Gewerkschaften? Genau so würde es mit der Armee gewesen sein. (Zuruf: Das ist kein Vergleich!) So fanatisch, wie die Gewerkschaftler heute noch sind, so fanatisch waren auch die Soldaten. Ich stelle hier die Anfrage an die Genossen Laufenberg und Wolffheim: Fügen sich die Genossen Laufenberg und Wolffheim den Beschlüssen, die in Bezug auf das Programm gemacht werden? Tun sie das, dann ist die Sache geklärt. Sie müssen sich aber voll und ganz zum Programm erklären.

W.-Hamburg: Um die Frage des Genossen W.-Spandau sogleich zu beantworten, erklären wir folgendes: Die Richtlinien, die der Hamburger Aktionsausschuß angenommen hat, sind nicht als Antrag an den Parteitag gegangen und sind somit also kein Gegenprogramm. Was nun unsere Tätigkeit innerhalb der Partei betrifft, so war es selbstverständlich, daß wir uns in allen Aktionen unterordnen unter die Beschlüsse unserer Organisation. Ich meine, dieses Unterordnen unter die Beschlüsse der eigenen Organisation ist eine Selbstverständlichkeit bei der Art des Aufbaues. Wenn man aber erwartet, daß wir uns auf Grund des Programms plötzlich umschalten können, so wird man wissen, daß niemand andere Ideen vertreten kann als seine eigenen. Und so ist die Frage natürlich nicht die, ob wir unsere Ideen umschalten können, und zwar auf Mehrheitsbeschluß, sondern ob Sie die von uns vertretenen Ideen für unvereinbar halten mit der Partei, wie Sie sie auffassen.

D.-Ostpreussen: Auf die Ausführungen der Referenten kann ich nicht eingehen, da ich erst heute hierher kommen konnte. Ich will nur das mitteilen, was der Parteitag Ostpreussens am 11. Juli 1920 beschlossen hat und uns Delegierte mit auf den Weg

gab. Es heißt da: Der Parteitag hat sich eingehend mit der Frage des Nationalbolschewismus, der Frage, ob Internationalismus oder Nation beschäftigt und ist zu dem Entschluß gekommen, daß der Nationalismus die Einheit der Arbeiterklasse noch weiter zersplittern würde, daß die Partei sich angliedern würde an die bürgerlichen Kreise und daß dadurch jede proletarische Aktion zersplittert würde in demselben Moment, wo diese Aktion einsetzen würde. Der nationale Gedanke, den die Genossen Laufenberg und Wolffheim in ihren Broschüren ausgeführt haben, geht davon aus, daß das Bürgertum noch so dumm sein wird, seine Kräfte dem revolutionären Proletariat zu opfern. Es ist jedenfalls festgestellt, daß L. und W. den Willen haben, den nationalen Krieg gegen Frankreich zu führen und ihn zu führen mit Hilfe der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie wird sich freuen, wenn sie endlich einmal die Arbeiter in ihre Hände bekommt und noch dazu in einem Augenblick, in dem sie zusammen mit den Arbeitern in den nationalen Krieg zieht. Wir wissen, daß der nationale Geist dann erst wieder im Heere bekämpft werden müßte, wie wir ihn heute im Proletariat bekämpfen. Es ist ganz sicher, daß die K.A.P.D. unter der Propaganda zu leiden hat, die die Genossen L. und W. heute durch ihre Broschüren und Adressen betreiben. Wir gedachten, die Ortsgruppe Königsberg geschlossen vom Spartakusbund in die K.A.P.D. zu führen, der Wunsch scheiterte daran, daß uns die Genossen erklärten, daß wir ja nur Nationalisten werden wollten. Die Arbeiter haben sich gesträubt gegen den nationalen Gedanken. Erst als wir ihnen bewiesen, daß wir nicht auf dem Boden des Nationalismus stehen, fanden sich die revolutionären Arbeiter in der K.A.P.D. zusammen. Nationalrevolutionäre wird es wohl in deutschnationalen Kreisen, aber niemals in den Kreisen der Arbeiterschaft geben. Die Arbeiter werden sich weigern, einer Partei anzugehören, in der nationale Gedanken propagiert werden. Die Mit-

glieder des Bezirks Ostpreussen verlangen, daß, wenn L. und W. ihre Auffassungen nicht ändern, und weiter ihre Ansichten vertreten, der Ausschluß dieser Genossen erfolgen muß. Denn sonst ist es nicht mehr möglich, einer Partei anzugehören, die derartige unklare Parolen hat.

R.-Thüringen: Ich betrachte die ganze Frage als Wortklauberei. Wir sind in Thüringen nicht mit Hamburger Broschüren überschüttet worden. Wir haben uns die Frage vorgelegt, ob eine Partei überhaupt eine Existenzberechtigung hat und das haben wir allerdings verneint.

R.-Berlin: Wir sind damit am Ende der Diskussion. Wir kommen zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Ich halte die Resolution Mitteldeutschlands für die weitgehendste. Ich lasse also zunächst darüber abstimmen, ob diese Resolution als erste abgestimmt werden soll.

Der Antrag wird mit 31 gegen 4 Stimmen angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag Mitteldeutschland selbst. Der Vertreter Frankfurts hat gestern gewünscht, bei der Abstimmung der Bezirke namentlich aufzurufen, die dann ihre Stellung bekannt geben können.

Es stimmen:

Berlin	12	Deleg.	dafür	Niedersachsen	2	Deleg.	dafür
Rhld.-Westf.	5	"	dafür	Pommern	2	"	dafür
Mitteldeutschl.	4	"	dafür	Zwickau	2	"	dafür
Ostsachsen	3	"	dafür	Spandau-Osthav.	1	"	dafür
Bes. Zone	2	"	dafür	Nord	3	"	dagegen
Ostpreussen	1	"	dafür	Nordwest	1	"	dagegen
S.-Anhalt	2	"	dafür	Frankfurt	1	"	dagegen
				Thüringen	1	"	dagegen

Der Antrag ist mit 36 gegen 6 Stimmen angenommen.

Damit sind die übrigen Anträge und Resolutionen erledigt. Zu einer Erklärung wünscht das Wort der Genosse

L.-Hamburg: Die Erklärung, die ich abgebe, gebe ich ab im

Namen des Genossen Wolffheim und des meinigen, der Stellungnahme der Ortsgruppe Hamburg habe ich nicht vorzugreifen. Wir haben die Politik, die wir bisher vertreten haben, geführt der Revolution wegen und nicht einer Partei wegen. Wir stehen im Dienste der Revolution, und der Genosse Wolffheim hat ja schon darauf hingewiesen, daß jedermann nur diejenigen Ideen vertreten kann, die seiner Überzeugung entsprechen. Die Ideen, die wir vertreten haben, entsprechen, wie ich in meinem Referat eingehend dargelegt habe, der Auffassung, die wir 1914 hatten, die wir auch 1918 hatten. Diese Auffassungen sind auch heute noch die unsrigen. Wir gehören also zu denjenigen einzelnen Genossen, die die Überzeugung und die Politik, die sie bisher vertreten haben, auch weiterhin vertreten werden. Ich habe also an den Parteitag die Anfrage zu richten, ob der Parteitag der Meinung ist, daß wir noch weiter berechtigt sind, der weiteren Tagesordnung beizuwohnen. (Zuruf: Selbstverständlich!) Ich glaube nicht, daß die Frage sich mit einer solchen kurzen Bemerkung beantworten läßt. Es ist wohl niemand im unklaren darüber, daß die Frage eine prinzipielle Bedeutung hat und daß, wenn man uns die Anwesenheit hier auf dem Parteitage gestattet, wir uns selbstverständlich für berechtigt halten müssen, auch im Rahmen der Partei die Politik und die Ansichten zu vertreten, die wir bisher vertreten haben.

R.-Berlin: Der Parteitag hat fast einstimmig einen Antrag angenommen, der besagt, daß, wenn die Genossen Laufenberg und Wolffheim und diejenigen, die dasselbe tun, ihre Ansichten weiter vertreten, sie sich damit außerhalb der Reihen der internationalen Sozialisten stellen. Wenn dieser Antrag gegen mich gerichtet wäre, ich würde zu selber Minute den Saal verlassen haben. Was die Genossen L. und W. tun, überlassen wir ihnen, nachdem dieser Antrag angenommen ist. Der Parteitag hat einen Antrag angenommen, und es ist nunmehr den Genossen L. und W. überlassen, daraus die notwendigen Schlüsse zu

ziehen. Der Parteitag hat klar und unzweideutig entschieden.

W.-Hamburg: Dann wünsche ich nur folgendes zu erklären: daß nämlich der Parteitag eine Erklärung angenommen hat, die von den Wünschen diktiert war, es uns moralisch zu überlassen, den Parteitag zu verlassen, daß dieser Parteitag aber nicht den Mut gehabt hat, diese Tatsache in die Erklärung hineinzubringen. Ich konstatiere, daß dieser Parteitag einfach durch ein bürokratisch-technisches Manöver schon nach außen hin hat den Anschein erwecken wollen, (Zuruf: Das ist eine infame Beleidigung! Unruhe.) als ob ein Ausschluß gegen uns nicht vollzogen sei in einem Augenblick, in dem er in der Tat praktisch vollzogen ist.

Pf.-Gotha: Es ist gestern abgelehnt worden, den Antrag Mitteldeutschland, der den Ausschluß verlangte, zu diskutieren mit dem Hinweis, daß wir keinen Ausschluß vollziehen können. Der Parteitag muß aber die Möglichkeit haben, den Willen der Organisationen zum Ausdruck zu bringen. Dies ist geschehen durch die Ablehnung nationalistischer Tendenzen. Der Parteitag hat diese nationalistischen Tendenzen abgelehnt, wenn L. und W. sich getroffen fühlen, so haben sie dem Parteitag nicht vorzuwerfen, daß er nicht den Mut hatte, den Ausschluß auszusprechen, wo der Parteitag nicht die Möglichkeit dazu hatte.

M.-Leipzig: Ich bin der Vater des Antrages. Wenn hier durch den Parteitag der Wille zum Ausdruck gebracht ist, daß wir mit den nationalistischen Tendenzen nichts gemein haben, dann ist es die moralische Pflicht der Genossen L. und W., sich von uns loszulösen. Dadurch unterscheiden wir uns von den anderen Parteien, wo die Genossen ausgeschlossen worden wären, daß wir sagen, wir überlassen es dem Ehrgefühl der Genossen, sich von uns zu lösen. Da bedeutet es allerhand, uns vorzuwerfen, wir hätten nicht den Mut gehabt, den Ausschluß auszusprechen. Jetzt hätten die Genossen erklären müssen: wir haben nichts mehr bei euch zu suchen.

G.-Wilhelmshaven: ich muß erklären, daß ich mir die Ansicht des Parteitages nicht zu eigen machen kann. Ich bin aber nicht als Person hier und es wird Sache der Mitglieder des Bezirks Nordwest sein, wie sie sich zu diesem Beschluß des Parteitages stellen.

K.-Hamburg: Der Genosse Wolffheim hat ausgesprochen, daß der Parteitag nicht den Mut gehabt hat, den Ausschluß der beiden Genossen auszusprechen. (Unruhe! Widerspruch!) Die hamburgische Mitgliedschaft hat sich in einer Resolution mit den Gedankengängen L.'s und W.'s einverstanden erklärt. Der Antrag Mitteldeutschland würde bedeuten einen Ausschluß der Hamburger Ortsgruppe. Der Parteitag muß jetzt auch den Mut aufbringen, die Ortsgruppe Hamburg ebenfalls auszuschließen.

L.-Hamburg: Ich habe die Aufforderung und die Anfrage zu wiederholen und das Verlangen zu stellen, daß der Parteitag offen und frei das, was in seinem Beschluß enthalten sein soll, auch erklärt. Wir hören hier von verschiedenen Mitgliedern des Parteitages die Auslegung, die sie der Resolution geben, auch R.- als Vorsitzender gibt eine Erläuterung und Erklärung des gefaßten Beschlusses. Es genügt aber nicht, daß der Vorsitzende das tut. Wir dürfen erwarten und verlangen, daß der Parteitag in seiner Gesamtheit sagt, was er mit dem Beschluß gewollt hat, daß er sagt, daß wir den Saal zu verlassen haben.

R.-Berlin: Es folgen hier Erklärungen auf Erklärungen. Wer sich den Antrag Mitteldeutschland durchliest, weiß doch, was er besagt. (W.-Hamburg: Dann sagt doch, daß wir den Saal verlassen sollen!) (Unruhe, Zurufe: Unerhörte Provokation!) Ich bitte euch, die Erregung etwas abzdämmen und kaltblütig die Dinge zu betrachten. (Erneute Unruhe. Nachdem die Delegierten ihre Plätze wieder eingenommen haben): Die Dinge liegen so, daß der Parteitag nicht das Recht hat, organisationsmäßig jemanden auszuschließen, er hat vielmehr seine Richtlinien so

einzustellen, daß jeder, der zur K.A.P.D. gehören will, sich zum mindesten diese Richtlinien zu eigen machen muß. Wenn er das nicht will, dann ist es seine Sache, zu entscheiden, ob er außerhalb der Partei stehen will oder nicht. Allerdings, das eine muß gesagt werden: daß der Entschluß des Parteitages sehr klar war. Er sagt, daß, wenn die Genossen L. und W. weiterhin ihre Tendenzen propagieren, sie sich außerhalb der Reihen der internationalen Sozialisten stellen. Nun kommt es darauf an, ob L. und W. es mit ihrer Überzeugung vereinbaren können, innerhalb einer Partei zustehen, die ihre eigenen Ideen so brandmarkt. Wenn sich die beiden Genossen den Grundsätzen des Parteitages nicht fügen wollen, dann ist es doch ihre Sache, hinauszugehen.

Th.-Besetzte Zone: Ich verstehe den Antrag von L. und W. ganz gut. Sie wollen nichts mehr als den Parteitag dahin bringen, daß er entgegen seinen Befugnissen, die er hat, klipp und klar erklärt: ihr müßt den Parteitag verlassen. Wir sind hierher gekommen, nicht um eine persönliche Meinung zu vertreten, sondern den Willen der Mitglieder zum Ausdruck zu bringen. Diese Mitglieder haben uns beauftragt, den Ausschluß L.'s und W.'s nicht zuzulassen. Es wäre die Pflicht L.'s und W.'s sich hier nicht als Imperator zu fühlen, sondern wirklich revolutionäre Politik zu treiben, den Willen der Massen zu akzeptieren und vor allem zu respektieren und sich dementsprechend einzustellen.

W.-Hamburg: Ich möchte der Auffassung entgegen treten, als ob wir den Parteitag dazu provozieren wollten, einen Ausschluß auszusprechen. Der Parteitag kann uns nicht aus der Organisation ausschließen. Darüber besteht Klarheit. Aber wenn wir hier als Einzelpersonen sind, so bin ich auch gleichzeitig als Vertreter der K.A.Z. hier. Also trete ich nicht aus der Gesamtpartei aus, sondern bleibe Mitglied meiner Ortsgruppe in Hamburg. Wie sich die Ortsgruppe Hamburg stellt, wird eine

Frage der Entscheidung dieser Organisation sein. Was wir wünschen, ist nicht der Ausschluß aus der Partei, sondern es handelt sich darum, daß der Parteitag erklärt, daß, nachdem wir erklärt haben, unsere bisherige Ideen weiter vertreten zu wollen, wir nicht mehr an dieser Tagung teilnehmen können. Wir wünschen das aus Gründen der Politik, nicht der Ethik.

R.-Berlin: Ein Antrag Mitteldeutschland verlangt, in der Tagesordnung fortzufahren.

Der Antrag ist gegen 3 Stimmen angenommen.
Wir kommen dann zum 2. Punkte der Tagesordnung:

Unsere Stellung zum Parteiprogramm.

Ich erteile dazu das Wort dem Referenten Genossen

Schr.-Berlin: Ich muß zunächst eine Erklärung abgeben. Ich erkläre für meine Person, daß ich nicht früher zum Programm sprechen werde, bis nicht die Entscheidung darüber gefällt ist, daß die Partei als solche notwendig ist. Ich denke nicht daran, zu einem Programm zu sprechen, von dem nicht feststeht, daß der Parteitag über die Frage der Notwendigkeit einer Partei überhaupt überzeugt ist. Da nunmehr in der K.A.Z. Richtlinien erschienen sind, die dem Parteitage vorliegen, und auch in dem Koreferat zum 1. Punkt der Tagesordnung die Partei negiert worden ist, so kann ich für meine Person nicht früher zu dem Thema sprechen, ehe nicht der Parteitag eine Entscheidung über die Notwendigkeit einer Partei getroffen hat.

R.-Berlin: Demnach würde der Antrag Berlins zur Organisation zur Debatte stehen, der besagt:

"An dem Namen der K.A.P.D. ist festzuhalten, da die Partei auf dem Standpunkt der Eroberung der politischen Macht steht und die Partei die besten Kräfte zusammenfaßt".

Da sich gegen diese Eröffnung der Debatte kein Widerspruch

erhebt, erhält zur Begründung des Antrages das Wort

Z.-Berlin: Die Ortsgruppe Berlin hat sich schon mit dem Problem beschäftigt, ob die Partei eine Notwendigkeit sei oder nicht, als noch die Syndikalisten in unserer Organisation waren und uns zwangen, jene Frage aufzurollen. Wir sind schon damals zu dem Resultat gekommen, daß in Anbetracht der Psyche des Proletariats und der sich zuspitzenden Ereignisse die Partei eine dringende Notwendigkeit ist. Ober das Verschwinden der Partei kann erst dann diskutiert werden, wenn das Proletariat überhaupt dermaßen durchgereift ist, daß es weiß, wohin es gehört, sodaß eine politische Organisation, eine Partei, nicht mehr notwendig ist. Solange sich das Proletariat noch nicht losgerungen hat von der bürgerlichen Ideologie, ist die Partei noch eine Notwendigkeit.

W.-Elberfeld: Die Partei als solche halten wir für notwendig. Es ist schon verschiedentlich gesagt worden, daß der Name der Partei nicht bedingt, daß nun die Partei eine Partei im üblichen Sinne sein muß. Wir wollen der Sache ein neues Gesicht geben. Daraus hat man geschlossen, daß der Name Partei überhaupt überflüssig sei und man sich Bund der Kommunisten nennen könne. Da aber die Arbeiter vielfach noch an dem Namen Partei kleben, sollten auch wir den Namen beibehalten, um bessere Propaganda entfalten zu können.

K.-Hamburg: Der erste Gründungsparteitag hat sich aus ganz zufälligen Vertretern zusammengesetzt. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß die Partei in der alten Form notwendig ist. Wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß die Revolution keine Parteisache ist. Die Parteien haben nicht mehr die Aufgabe von früher. Das Proletariat wird zur Macht gelangen über die Parteien hinweg. Wir erklären uns auch nicht damit einverstanden, daß die Partei auf dem Standpunkt der Eroberung der politischen Macht steht, aus dem Grunde, weil wir

dann zu einer Parteidiktatur, nicht aber zu einer proletarischen Diktatur kämen. Die Durchführung der Revolution kann nicht Aufgabe einer Partei sein.

Sch.-Eisenach: Wenn wir uns mit der Frage der Bezeichnung der politischen Organisationen beschäftigen, so müssen wir uns über den Begriff Partei klar werden. Wir müssen uns loslösen von diesem Begriff des Wortes. Parteien sind im alten überlieferten Sinne ein Stück des bürgerlichen Klassenstaates. Die Partei bedingt nach den alten Grundsätzen den zentralen Aufbau. Sie bedingt ein Führertum, welches bestimmt, was geschehen soll. Nicht darauf kommt es an, wie wir uns nennen, sondern auf das Wesen der Organisation. Sind wir aber eine Partei im üblichen Sinne, so bedingt die Organisation den zentralen Aufbau, den wir verwerfen. Es wäre zweckmäßiger gewesen, wir wären uns über den Programmentwurf schlüssig geworden.

E.-Berlin: Die Debatte ist ein Schauspiel für Götter, und stellt denjenigen, die vom kommunistischen Geiste durchdrungen sein wollen, ein Armutszeugnis aus. Wir wollen praktische Arbeit leisten und deshalb beantrage ich Schluß der Debatte.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Darauf erhält als Referent zum Programm das Wort:

Schr.-Berlin: Ich habe vorhin meine Bedenken geäußert, weil ich vermeiden wollte, daß sich die Fortsetzung des Parteitage noch einmal mit all den Fragen beschäftigen sollte, die die Frage von der Notwendigkeit der Partei unbedingt heraufbeschwören müßte. Deswegen meine Erklärung. Ich bin jetzt bereit, über das Thema zu sprechen und sage gleich vorweg, daß sich für mich die Politik mit der Ethik deckt. Was ich zum Programmentwurf zu sagen habe, hat zwei Grundgedanken. Die Partei hat sich eine wissenschaftlich begründete Auf-

fassung zu eigen zu machen über ihren Klassenkampf und über den Sozialismus. Zum zweiten hat sie sich die taktischen Grundlinien zu geben, die für den Kampf notwendig sind. Ich darf einiges vorausschicken.

Die K.A.P.D. ist entstanden im Gegensatz zu den Methoden wie zu dem Inhalt der Politik des Spartakusbundes und ich stehe nicht an, heute zu erklären, daß wir, obwohl wir ja die aus der Partei Hinausgeworfenen waren, gut dabei weggekommen sind, daß wir, wenn wir nicht aus der Partei hinausgeworfen wären, diese Partei und diese Männer hätten verlassen müssen. Ich behaupte weiter, daß der Spartakusbund heute in Deutschland allein dadurch nur noch seine Existenz hat und sie fortsetzt, daß ihm Millionen zur Verfügung stehen. Ich behaupte, daß der Spartakusbund, abgeschnitten von seinen Mitteln, vom Erdboden verschwinden würde. Auf dem Gründungsparteitage der K.A.P.D. wurde aus dem allgemeinen Wunsch der dort vertretenen Mitgliedschaften vom Parteitage ein Programmentwurf angenommen, der sich in den Grundzügen mit dem deckt, was der spätere Entwurf besagt. Der Entwurf, der allen Organisationen zugegangen ist, hat zunächst einige Widersprüche dadurch erweckt, daß er in seinem Vorwort mit einer gewissen Geste auftrat, indem es aussprach, daß der Entwurf das Programm der K.A.P.D. bleiben würde. Ich darf behaupten, daß dieser Anspruch des Vorwortes seine Berechtigung hatte. Einmal seine innere Berechtigung aus dem Inhalt heraus, und zweitens, weil er eine äußere Notwendigkeit war, die darin bestand, daß wir dabei waren, die kommunistische Internationale über die Gründung der K.A.P.D. zu benachrichtigen. Wir mußten der Internationale etwas Positives über unsere grundsätzliche Unterscheidung vom Spartakusbund sagen und vorlegen. Wir konnten nicht vor einer kommunistischen Internationale auftreten und sagen, daß wir nur deshalb bestehen, weil wir aus dem Spartakusbund hinausgeworfen sind, sondern wir haben diesen und jenen Standpunkt

vertreten. Das zur Begründung vorweg.

Wir nehmen noch vorweg, daß wir die Partei für eine unbedingte Notwendigkeit halten. Die K.A.P.D. hat in ihrem Programm und in ihren Artikeln sich ungefähr so geäußert: Die Partei ist zweifellos als solche ein Gebilde der bürgerlichen Epoche. Sie wird mit dem Verschwinden der kapitalistischen Welt auch ihr Ende finden. Die Organisationsformen des Proletariats werden hinweggehen über die Ausdrucksformen einer heute möglichen Partei. Wir haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß in der augenblicklichen Situation und auch nach der Ergreifung der Macht durch das Proletariat die Notwendigkeit eine unbedingte und zwar deswegen ist, weil nichts außerhalb der proletarischen Organisation existiert, was den Kampf gegen den Kapitalismus so führen könnte, wie ihn eine geschlossene Vorhut des Proletariats führen müßte. Wir sind auch der Überzeugung, daß nach der Eroberung der politischen Macht die Vorhut zusammengeschlossen sein muß zur Schulung der Massen, die sie vorbereiten wollen auf die kommende neue Organisationsform, die sie erzielen müssen zum Rätegedanken. Wir wissen genau, daß die Partei etwas altes ist, daß sie sich zu fühlen hat wie die Eltern zum Kinde, zur Räteorganisation, daß sie überzeugt sein muß davon, daß sie verschwinden wird und daß die Räte, die Organisations- und Ausdrucksform der Diktatur, sie überwinden werden. Wir wissen, daß die Partei dazu da ist, der Herausarbeitung einer neuen proletarischen Organisationsform zu dienen. Somit ist die Partei selbst notwendig, denn wer sollte die Aufgaben des Augenblicks übernehmen? Die Betriebsorganisation selbst ist erst im Werden begriffen; sie, die wahrscheinlich die Zukunft des Proletariats bedeuten wird, ist nicht imstande, - einfach aus den realen Tatsachen heraus - die Aufgaben des Proletariats zu erfüllen. Stellen Sie sich das Leben der Partei

in den vergangenen 10 Jahren vor. Wer hätte diese Kämpfe führen sollen? Es existierte die Betriebsorganisation noch garnicht.

Wenn wir nun zu unserem Entwurf Stellung nehmen, so müssen wir zunächst das Grundmoment herauschälen. Das Grundsätzliche, das wir hier als Fundament unterlegen, ist der Rätegedanke. Er steht im Mittelpunkt unseres proletarischen Werden und Seins. Er besagt zunächst, daß das Proletariat sich in dem historisch-ökonomischen Prozeß die ihm gemäß, gegen den Kapitalismus gerichtete Ausdrucksform geben wird, die seinem historischen Werden entspricht. Der Rätegedanke bedeutet mehr. Er bedeutet einmal die absolute und restlose Zertrümmerung der gesamten alten kapitalistischen Organisationsformen. Die alte kapitalistische Organisationsform hat ihren höchsten Ausdruck gefunden im modernen Klassenstaat. Dieser muß vom Proletariat restlos nicht nur als Organisationsform, sondern auch als Ausdrucksform einer bestimmten kapitalistisch-bürgerlichen Ideologie zertrümmert werden. Darüber hinaus bedeutet der Rätegedanke, daß das Proletariat sich im Prozeß seines Werdens die ökonomische, wie historische und geistige Ausdrucksform schafft, die seinem Werden entspricht, die hinausleitet zur klassenlosen Gesellschaft. Wir haben den Genossen im Reiche von der Berliner Organisation die Broschüre über das Werden der neuen Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Hier sind die Ideen enthalten, die Berlin der Darstellung des Rätegedankens im Entwurf zugrunde legt. Ich brauche deshalb wohl nicht im einzelnen wiederholen, was hier dargelegt ist. Der Rätegedanke ist die absolute restlose Negation der kapitalistischen Gesellschaft und der kapitalistischen Ideologie. Er beruht darauf, daß im Prozeß des historisch-ökonomischen Werdens nach unserer Auffassung sich der Kapitalismus als solcher einen bestimmten Ausdruck verschafft,

und dieser bestimmte Ausdruck heute darauf ausgeht, aus dem Klassenstaat hinaus die Grenzen überschreitend, systematisch eine Weltwirtschaft zu schaffen, eine kapitalistische Weltwirtschaft des Finanzkapitals aufzurichten. In diesem Prozeß des kapitalistischen Werdens tritt einerseits störend ein die verschiedenartige Entwicklung der einzelnen Länder auf dem Weltmarkte, und andererseits das zum Selbstbewußtsein kommende Proletariat. Der Sozialismus ist die aus dem kapitalistischen Prozeß hervorgehende Entwicklung des Proletariats als Klasse. Wenn nun aus dem Prozeß des Kapitalismus heraus der sozialistische Gedanke entsteht, dann ist es klar, daß er im Gegensatz zu diesem kapitalistischen Werden seinerseits über alle Grenzen schreitet, daß er in keiner Weise an irgend einer Grenze Halt macht, sondern sich übernational orientiert. Er faßt das Proletariat als Klasse zusammen. Das Proletariat als Klasse ist nicht gehemmt durch irgendeine Grenze. Es schreitet darüber hinweg und schließt sich als Klasse zusammen. Wenn gesagt wird, daß das Proletariat als Klasse sich organisiert und sich dem Rahmen der Nation einfügen soll, und die Föderation der Nationen nunmehr die Internationale sein wird, so bedeutet das letzten Endes eine Art Erschleichung des Ausdrucks Klasse. Es ist undenkbar, vom Proletariat als Klasse zu sprechen und es gleichzeitig in einen nationalen Rahmen einzuspannen. Das Proletariat kann nicht eine Klasse sein und gleichzeitig innerhalb einer Nation organisiert sein. Das Proletariat ist als Klasse nur denkbar über alle Nationen hinaus, zusammengeschlossen über die ganze Welt. Dieser Zusammenschluß erfolgt, wie gesagt, ideologisch als Klasse in dem Gedanken des Klassenkampfes. Er erfolgt aber gleichzeitig ökonomisch dadurch, daß das Proletariat auch nicht einen Augenblick daran denkt, sich innerhalb bestimmter nationaler Grenzen seinen wirtschaftlichen Ausdruck zu

geben, sondern daß es sich darauf einstellt, diesen wirtschaftlichen Rahmen zu erweitern und ihn zu einem Weltwirtschaftsrahmen internationaler Natur zu gestalten. Die deutsche Industrie organisiert im Rahmen nationaler Grenzen bedeutet letzten Endes die Abschneidung des Proletariats als Klasse von dem Gedanken der Klassensolidarität aller Länder. Unsere programmatische Einstellung muß darauf ausgehen, unsere Wirtschaft so einzurichten, daß schon nach wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten der Aufbau der kommenden ökonomischen Grundlage vor sich zu gehen hat. Rußlands Räte und Deutschlands Räte haben in gemeinsamer Arbeit sich darauf einzustellen, wie sie den Prozeß betrachten, und zu untersuchen, wie sie den ökonomischen Rahmen zu gestalten gedenken. Nur so ist die Gewähr dafür geleistet, daß die Räte sich gleichzeitig das grundlegende ökonomische Fundament schaffen. Aus diesem Gedanken heraus, den ich nicht so weit ausführen will, um nicht alles zu wiederholen, was im Entwurf niedergelegt ist, ergibt sich für uns eine bestimmte Stellung zum Hamburger Programm. Ich muß sagen, ich habe niemals gedacht, daß die Hamburger diese letzte Konsequenz ihres alten Prinzips ziehen würden. Ich habe nicht gedacht, daß sie hier so offen dem Parteitag der K.A.P.D. erklären würden, daß sie sich entwickeln wollen zu dem Begriff und zu der Tatsache des großdeutsch-revolutionär gestimmten Proletariats. Genosse Laufenberg, das waren die Gedanken, die mir meine Jugend bedeuteten, für die ich begeistert dann eingetreten bin, als ich noch kein Sozialist war.

Wir sind uns darin einig, daß die Rasseigentümlichkeiten, die Besonderheiten der Völker eine Rolle spielen. Wir sind uns auch darin einig, daß sie diese Rolle noch lange spielen werden. Wir sind uns auch einig darin, daß nationale Kämpfe stattfinden werden und daß selbst nach der Bildung proletarischer Staaten zwischen diesen Reibungen,

unter Umständen schlimmster Art, möglich sein werden. Aber wir können uns unmöglich darin einigen, daß wir zum Angelpunkt unserer Politik, abgesehen von einem Zukunftsbild, das wir uns vielleicht einmal malen, den Begriff der Nation, der Rassen machen. Meiner Auffassung nach führt das dahin, daß man unbedingt den Boden der bisherigen Auffassung des Klassenkampfes verläßt, das heißt, daß das Proletariat als Klasse über die ganze Welt hinweg seine Politik an sich selbst orientiert, nicht an den deutschen Verhältnissen, sondern an denen der internationalen proletarischen. Wenn zum Angelpunkt der Politik die Ideologie auch nur in diesem geläuterten Sinne gemacht wird, so bedeutet das eine gewisse Gefahr, das heißt, das Proletariat versteht die Dinge nicht so, wie sie dargelegt werden. Man spricht von großdeutsch, Klassenversöhnung, vom revolutionären Burgfrieden, revolutionären Volkskrieg: alles das sind Dinge, die zweifellos nicht so gemeint sind, wie die normale Phraseologie der Straße bedingt. Wenn wir sie aber zum Angelpunkt unserer Politik machen, so bedeutet das weiter, daß wir den Boden des bisherigen Klassenkampfgedankens unter den Füßen verlieren und daß wir in die Wirrnisse einer opportunistischen Politik geraten, einer Politik, die zu ganz bestimmten Konsequenzen führt. Ich werde das gleich vorweg nehmen. Wenn wir uns im Augenblick aus der Einstellung auf den Begriff Nation, und damit die freie deutsche Nation als das zu erstrebende Ziel vor Augen halten, unseren Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag betrachten, so stellt sich dieser Kampf so dar, daß wir den Vertrag nicht anders zerbrechen können, als das wir den Krieg gegen die Entente führen. Er stellt sich so dar, daß das Proletariat als solches den Gedanken fassen muß, daß, wenn der Vertrag das Proletariat so schändlich knebelt, es losgehen muß zum Kampfe gegen die Entente, gegen die Franzosen, gegen die Engländer. Nicht mehr wird man sagen, wir müssen gegen die französische Bourgeoisie, gegen das englische Kapital, sondern gegen die Franzosen, gegen die Engländer.

Wenn wir heute sehen, daß das Proletariat unter dem Eindrucke des Versailler Vertrages, der unglaublich drückende Bedingungen für das Proletariat enthält, bereits in einzelnen Teilen zu solchen Gedanken kommt, daß es die Flinte auf den Buckel nehmen muß, so wäre es erst recht unsere Pflicht, solche Gedanken nicht zu unterstützen, sondern sie restlos aus den Hirnen der Arbeiterschaft zu verbannen und nicht noch einmal die Möglichkeit zu schaffen, daß das Proletariat auch nur einen Augenblick von einer bürgerlichen Ideologie gefangen genommen werden könnte. Wir haben die Pflicht, als Klassenkämpfer alles zu tun, um dem Proletariat zu sagen: Nicht der Kampf gegen die Entente ist das Notwendige, sondern das Notwendige ist die Er kämpfung der proletarischen Diktatur. Im Gegenteil, müssen wir sagen, bewegt euch nicht in diesen Gedanken, gebt den Machthabern innerhalb der Entente nicht die Möglichkeit, ihren eigenen Arbeitern mit der nationalen Phrase und der Phrase von dem alten Geist in Deutschland die Köpfe zu verkleistern, um damit die Einheitsfront der Klassenkämpfer der Welt zerbrechen zu können. Nein, sprecht nicht einen Augenblick vom Kriege gegen die Entente. Eure unbedingte Aufgabe besteht darin, daß ihr die Macht der Bourgeoisie im Lande zerbrecht, das weitere wird sich finden. Wahrscheinlich ist dann der Kampf, aber kämpft ihr erst von dem Grundsatz, die eigene Bourgeoisie zu zerschmettern, dann werdet ihr bei dem Proletariat der Entente den Widerhall finden, den ihr in ihm auslösen müßt.

Wenn wir in unser Programm natürlich als eins der faktischen Momente die politische Lage aufnehmen, so will ich auch dazu nur kurz sagen, daß diese Krise die Krise des Kapitalismus ist, daß er am Ende seines Lateins ist, das es für ihn keinen Ausweg gibt und geben kann. Es gäbe einen Ausweg dann, wenn das Proletariat nicht zu seinem Selbstbewußtsein kommen würde. Wie geht das Kapital heute vor?